

Wer Geschichte nicht mag ...

W r o c ł a w s k i T y g o d n i k K a t o l i c k i ,
27.3.1977

Auf herrlichem Papier gedruckt, bunt illustriert, mit prächtiger graphischer Ausstattung, bilden bundesdeutsche Schulbücher ein Meisterstück verlegerischer Arbeit. Eines solcher Geschichtsbücher unter dem Titel "Europa und die Welt. Das 20. Jahrhundert", ein Geschenk für mich von einer Stuttgarter Schule, liegt gerade vor mir. Wie schnell ist es aber mit der Bewunderung vorbei, wenn sich der polnische Leser in die Lektüre über die polnisch-deutsche Nachbarschaft vertieft!

Da findet sich neben Klagen über "rücksichtslose Vertreibung" der Deutschen durch Polen und Tschechen, über das angebliche Unrecht, auch die Erinnerung daran, daß Vertriebene entschlossen sind, auf ihr Heimatrecht nie zu verzichten, obwohl sie in der BRD eine neue Heimat fanden. Da findet sich auch reichlich andere historische Information, die die Schüler in der Überzeugung von "schlechten" Polen und "verfolgten" Deutschen bestärken soll. Dieses Lehrbuch ist übrigens nur eines von vielen, in denen sich feindliche politische Gesinnung widerspiegelt.

Gut ist es, daß Wissenschaftler aus Polen und der Bundesrepublik Deutschland die Arbeiten zur Revision von Schulbüchern gemeinsam unter der UNESCO-Schirmherrschaft vorgenommen haben; gut, daß sechsundzwanzig Empfehlungen ausgearbeitet wurden, die zur Berichtigung der bisher vorhandenen Unkorrektheiten verhelfen sollen; gut, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt und Präsident Walter Scheel das Problem richtig einzuschätzen wissen; gut auch, daß im polnisch-bundesdeutschen Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit vom vorigen Jahr, das hoffentlich endlich in Kraft tritt, dieser Frage eine besondere Klausel gewidmet ist.

Fatal dagegen, daß die Angelegenheit unterschätzt wurde und weiterhin unterschätzt wird von Verwaltern des westdeutschen Schulwesens, die keine Lust dazu haben, Lehrpläne zu verändern; fatal, daß positive Erklärungen der Bonner Politiker in den einzelnen Ländern keinen Widerhall finden und die Verwirklichung der Empfehlungen dort auf Widerstand stößt.

Sie brauchen bitte nur die Ergebnisse der WTK-Umfrage aufmerksam zu lesen: aus den Antworten der sieben Minister und Senatoren geht hervor, daß sich in Fragen der Empfehlungen der Schulbuchkommission fast alle "freie Hand" vorbehalten, indem sie das Kulturabkommen u n t e r A u s n a h m e von Artikel 4 akzeptieren. Nur Hessen hat den Text der Empfehlungen im Amtsblatt des zuständigen Ministeriums veröffentlicht. (Zuvor hatte es unseres Wissens Niedersachsen getan, nach dem Sturz der SPD-Regierung hat jedoch die CDU von der früheren Anordnung Abstand genommen!) Minister Girgensohn erklärt ausdrücklich seine Unterstützung für die Revision des Geschichtsunterrichts. Und die Anderen?

Bemerkenswert sind die in den Aussagen der zuständigen Minister von Rheinland-Pfalz, der Saar und Niedersachsen enthaltenen Feststellungen. Da finden sich warme Worte über die Notwendigkeit, wahre Faktenangaben zur polnisch-deutschen Geschichte zu vermitteln, das bedeutet aber ... keinesfalls die Verpflichtung, die Empfehlungen der Expertenkommission zu befolgen.

So gefällt beispielsweise Minister Remmers das Bild der DDR-BRD-Beziehungen nicht, als wenn es das Ziel der Schulbuchrevision gewesen wäre, auf Probleme einzugehen, die mit polnisch-deutschen Beziehungen nicht direkt zusammenhängen. Er suggeriert auch, die Sowjetunion schreibe die Stellung Polens gegenüber der Bundesrepublik vor, indem sie von der Grundlage polnisch-bundesdeutscher Konflikte absehe, d.h. von der Adenauerschen Ostpolitik und der Verfassung der BRD, die revisionistische Ansprüche gelten läßt. Nicht um ein Mißverständnis handelt es sich hierbei, sondern um ein zweckbestimmtes Argument, das darauf aus ist, sich vor dem Inkraftsetzen der Hinweise der Wissenschaftler zu drücken.

Ich darf auch darauf aufmerksam machen, daß dabei alle auf sogenannte objektive Hindernisse verweisen. Eines davon sei die Autonomie des Schulwesens in der BRD, das nur den jeweiligen Landesministerien untersteht, Auf der ständigen Konferenz der Kultusminister konnte man jedoch vor Jahren in Bonn eine einheitliche Auffassung zur Unterweisung im Fach "Ostkunde" finden, das revisionistischen Inhalt verbreitet. Warum kann man also heute, da angeblich alle von der Notwendigkeit der "Aussöhnung" und "Verständigung" mit Polen überzeugt sind, einen gemeinsamen Beschluß über die Befolgung der Empfehlungen der Experten nicht fassen? Wo bleibt denn nun hier der gute Wille?

Einige Minister berufen sich auf ein anderes Hindernis, und zwar auf die Existenz von privaten Schulbuchverlagen, die die Bücher auf den Markt bringen und den Empfehlungen nicht Rechnung tragen. Es fragt sich jedoch: wer will schon Bücher herausgeben, die keinen Absatz finden? Haben denn die Minister zur Frage der Schulbücher nichts zu sagen? Ist die Lizenzvergabe nur eine Fiktion? Merkwürdig, daß dieses Hindernis so stark gerade beim Problem Polen in Erscheinung tritt!

Kennzeichnend ist schließlich, wie die drei Minister in den CDU-regierten Ländern, Prof. Dr. Hans Maier aus München, Prof. Dr. Wilhelm Halm aus Stuttgart und Prof. Dr. Walter Braun aus Kiel von der Beantwortung unserer Umfrage Abstand genommen haben. Wie aus der westdeutschen Presse bekannt ist, haben Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein die Durchsetzung der Hinweise zur Revision von Geschichts- und Geographiebüchern verweigert.

Minister Maier kündigte seine Ablehnung der Expertenempfehlungen bereits im Juni 1976 an, worauf die Bayerische Landesregierung - auf Antrag des Ministers - das Kulturabkommen unter ausdrücklicher Ablehnung von dessen Artikel 4 akzeptiert hat.

Minister Braun hat dagegen, so die Landsmannschaftsagentur "Osmipress" am 10. Februar 1977, einem der revisionistischen Funktionäre gegenüber erklärt, die Empfehlungen stellten die Probleme nicht auf die richtige Weise dar, sie nähmen meist den

polnischen Standpunkt an und trügen der deutschen Rechtsstellung nicht Rechnung sowie, daß derartige Empfehlungen bei der Zulassung von Büchern zum Schulgebrauch dort als keinerlei Vorbedingung gelten dürfen.

Die Stellung von Professor Hahn stimmte immer mit der bayerischen überein, auch dort herrschte also eine feindliche Haltung gegenüber der Schulbuchrevision.

Christdemokraten sind als Partei vollkommen konservativ und haben solides historisches Wissen über polnisch-deutsche Beziehungen nicht gern. Deshalb auch die merkwürdige Meinungseinheit mit offen revisionistischen Organisationen, den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen. Daher auch die ständigen Angriffe des CDU-Abgeordneten, Dr. Herbert Hupka, auf die Empfehlungen der Expertenkommission und Aufrufe, der "polnischen Interpretation" der Geschichte nicht zu unterliegen.

Bei der Beantwortung der neuen Hupka-Interpretation im Bundestag wies Staatssekretär Dr. Klaus von Dohnanyi vergangene Woche noch einmal auf die große Bedeutung der Empfehlungen für die polnisch-bundesdeutschen Beziehungen hin.

Es gehe grade darum, durch Erklären und Bewußtmachen die Beziehungen zwischen beiden Nationen positiv zu beeinflussen. Deshalb weisen wir auf die Notwendigkeit hin, über die Empfehlungen zu diskutieren und sie in Kraft zu setzen. /.../ Wer sich vor der Arbeit bei den Schulbüchern drückt, liefert einen Grund für berechtigte Zweifel, ob ihm die Aussöhnung zwischen Polen und der Bundesrepublik überhaupt am Herzen liegt.

Diesen offiziellen Standpunkt der Bundesregierung ist mit Zufriedenheit zu begrüßen. Den Worten sollen aber Taten folgen, wenn die Bestimmungen des Kulturabkommen nicht nur Papier bleiben sollen. Indes ist die Haltung einiger für die Volksbildung zuständigen Kultusminister und Senatoren leider von einer Bereitschaft zu positiver und konkreter Arbeit noch weit entfernt. Wünschen sie also wirklich eine kulturelle Zusammenarbeit mit Polen?

POLYTIKA, Warschau, 19.2.1977

M a r i a n W o j c i e c h o w s k i

REVISIONISMUS ODER SCHULBUCHREVISION

Schon viele Beiträge der polnischen Presse und unzählige Sendungen des polnischen Fernsehens wurden den im Rahmen der UNESCO geführten Arbeiten der polnisch-westdeutschen Kommission zur Untersuchung der Inhalte der Schulbücher gewidmet. Speziell zu diesem Thema hat die Redaktion der "Polytika" ein internationales Forum (Nr. 43/1975) organisiert, und im vergangenen Jahr haben sich in unseren Spalten die hervorragenden Gelehrten Prof. Stefan Kieniewicz (Nr. 34/1976) und Prof. Władysław Markiewicz (Nr. 40/1976) darüber geäußert.

In der Zeitspanne Februar 1972 - April 1976 hat die Schulbuchkommission, die sich aus in ihren Ländern und auch außerhalb von ihnen renommierten polnischen und westdeutschen Wissenschaftlern zusammensetzt, 37 Empfehlungen betreffs des Geschichts- und Geographieunterrichts ausgearbeitet. Im Herbst 1976 wurden diese Empfehlungen redigiert und synthetisch bearbeitet, wodurch sie an Klarheit und Durchsichtigkeit gewannen, ohne daß dabei ihr Wesen geändert wurde. Auf diese Weise entstanden die 26 Empfehlungen in bezug auf den Geschichtsunterricht und die Empfehlungen zum Geographieunterricht. Die ersten beziehen sich auf die ganze Geschichte der bilateralen polnisch-deutschen Beziehungen und nach dem Jahre 1949 - auf die Geschichte der Beziehungen Polen-BRD, die zweiten - auf die Gegenwart (die Didaktik des Geographieunterrichts, die sehr wichtige Frage der geographischen Namen und die Art und Weise, wie die Geographie der BRD in Polen und die Polens in der BRD darzustellen ist u.a.). In Kürze sollen die Empfehlungen in den beiden Ländern in Druck erscheinen (in Polen - in "Kwartalnik Historyczny", in der BRD - im "Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht"). Sowohl in Polen als auch in der BRD werden das Erstdrucke sein, die dann zur weiteren Popularisierung der Empfehlungen ausgewertet werden können.

Für die Periode 1977-1980 sind einige gemeinsame polnisch-westdeutsche wissenschaftliche Konferenzen geplant, auf denen bestimmte detaillierte Fragen aus der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen zur Debatte stehen sollen. Die erste solche Konferenz wird im Juni d.J. in Łańcut stattfinden und die Widerstandsbewegung in Polen und im nationalsozialistischen Deutschland zum Thema haben. Die Materialien aus den oben erwähnten Symposien werden in der BRD und in Polen veröffentlicht. So viel die Informationen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Arbeiten der gemeinsamen Schulbuchkommission Polen-BRD einen bedeutungsvollen Bestandteil bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufgrund des am 7. Dezember 1970 in Warschau abgeschlossenen Vertrages darstellten und weiterhin darstellen. Es wäre also logisch zu schließen, daß die Ergebnisse dieser Arbeiten praktisch verwirklicht, d.h. in die Schulbücher eingeführt werden. Es gibt aber Anzeichen dafür, daß die Verwirklichung der gemeinsamen Empfehlungen in der BRD auf Schwierigkeiten stößt. Welchen Charakter tragen diese Hindernisse?

1. Juristische Barrieren.

Die einzelnen Bundesländer in der BRD führen eine autonome Bildungspolitik. Mit anderen Worten, die Bundesregierung kann keine Richtlinien im Bereich der Volksbildung aufzwingen, dazu sind allein die Landesregierungen befugt. Dies bedeutet, daß die Empfehlungen der Schulbuchkommission kraft der Landesregierungsbeschlüsse realisiert werden können oder eben nicht verwirklicht werden. Nichtsdestoweniger ist die Ständige Konferenz der Kultusminister der Bundesländer kompetent, die für die ganze BRD obligatorischen bildungs-politischen Richtlinien auszuarbeiten. Das ist natürlich auch der Fall. Es ist ja unvorstellbar, daß sich die BRD - so wie jeder andere Staat - ein Durcheinander in der Bildungspolitik leisten könnte. Somit steht der Weg zur Verwirklichung der Empfehlungen offen, wenn er auch voller Hindernisse ist. Sehr viel hängt hier vom guten Willen ab. Die juristische Barriere ist also nicht die wichtigste, es sei denn,

sie wird als Vorwand ausgenutzt. Wir zeigen Verständnis dafür, daß die Realisierung der Empfehlungen in der ganzen BRD nicht von einem Tag auf den anderen erfolgen kann, es geht hier auch nicht darum. Wichtig sind vielmehr die Konsequenzen und - ich wiederhole noch einmal - der gute Wille. Dies umso mehr, als im Artikel 4 des Kulturabkommens Polen-BRD, unterzeichnet im Juni des vergangenen Jahres während des Bonn-Besuches des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Edward Gierek, festgestellt wurde, daß die beiden vertragsschließenden Seiten in die Richtung wirken werden, die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission in den Schulbüchern der beiden Länder zu berücksichtigen.

2. Die revisionistisch-emotionalen Hindernisse.

Zuerst eine kleine Einführung. Der territoriale Revisionismus ist in der BRD keine neue Erscheinung. Im Zeitraum 1949-1969 bildete er die Stütze der Ostpolitik der BRD. Der territoriale Status quo - das Resultat der 1945 vom Deutschen Reich erlittenen Niederlage - sollte offenstehen, mit der Möglichkeit, revidiert zu werden, ohne daß dabei die Vereinbarungen der Alliierten (die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 und Artikel IX des Potsdamer Abkommens über die Regelung der westlichen Grenzen Polens) berücksichtigt werden sollten. Kraft des Vertrages vom 7. Dezember 1970 bekräftigte die BRD die Potsdamer Festlegungen über die Oder-Neiße-Grenze und verpflichtete sich zugleich, die territoriale Integrität Polens uneingeschränkt zu wahren. Sie stellte gleichzeitig fest, keine territorialen Ansprüche gegenüber Polen zu haben und solche auch in Zukunft nicht erheben zu wollen. Man könnte daraus schließen, daß somit dem westdeutschen Revisionismus die Hände gefesselt wurden. So ist es aber nicht geschehen. Unabhängig von der neuen Ostpolitik der Regierungskoalition sind die revisionistischen Kräfte in der BRD nicht verstummt. Letztens haben wir sogar ihre Aktivierung zu verzeichnen, darunter auch in bezug auf die Revision (diesmal im guten Sinne dieses Wortes) der Schulbücher zum Geschichts- und Geographieunterricht. Wir möchten uns damit genauer befassen.

Im zweiten Halbjahr 1977 beobachteten wir in der BRD einen Trend, den die Deutschen selbst als "Stimmungsumschwung" bezeichnen. Dieser Begriff bezieht sich auf die 1969 von der Brandt/Scheel-Regierung eingeleitete Ostpolitik und soll offensichtlich das westdeutsche Sperrfeuer nach Helsinki und zugleich das Trommelfeuer vor Belgrad beinhalten. Uns interessiert der Schulbücher-Aspekt dieses Stimmungsumschwungs. Hat sich die Stimmung der westdeutschen Gesellschaft wirklich geändert? Dazu sei wohl die Zeit zu kurz. Ich glaube, daß hier vielmehr "Stimmungsmache" im Spiel ist. Die Atmosphäre für die Belebung der revisionistischen Kräfte wurde also vorteilhafter.

Die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission wurden von allen Seiten kritisiert. Die kritischen Stimmen bezogen sich aber nur auf ein Fragment. Wäre das eine wissenschaftlich fundierte und in den Spalten der Fachzeitschriften geführte Kritik, und wäre es eine ruhige, gescheite Pressekritik, würden wir darüber nicht mit solchen Worten schreiben. Unterdessen werden diese Stimmen in den Massenmedien, vorwiegend der Tagespresse, laut. Und wieder geht es uns nicht um die starrsinnigen, unversöhnlichen Stimmen, die in den Spalten der Blätter der Umsiedlerverbände schon immer zu hören waren und weiterhin zu hören sind, da diese eine beschränkte Leserschaft haben und einen bescheidenen Wirkungsbereich besitzen. Es handelt sich vielmehr um die Kritik, die in der sogenannten Großauflagenpresse veröffentlicht wird.

Charakteristisch ist, daß die kritischen Pfeile fast ausschließlich gegen jene Fragmente der Geschichtsempfehlungen gerichtet sind, die sich auf die Flucht und Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße gegen Kriegsende und gleich nach dem Ende des Krieges und auf die Oder/Neiße-Grenze beziehen, zugleich aber die Gesamtheit der polnisch-deutschen Beziehungen im Laufe der Geschichte außer acht lassen. Allein diese Tatsache weist darauf hin, daß wir es hier mit einem Versuch zu tun haben, die alten Ressentiments aufzufrischen, darum auch schrieb ich über die revisionistisch-emotionellen Hindernisse. Wieder wird also das alte Lied gesungen, wenn auch die Worte etwas geändert worden sind. Den Stoff dazu lieferten jetzt die gemeinsa-

men Arbeiten der polnischen und westdeutschen Wissenschaftler, die sich mit dem wichtigen Bestandteil der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern befassen.

In der Nummer vom 19. November des vergangenen Jahres hat die sonst seriöse und auf ihr Ansehen bedachte, obgleich uns gegenüber nicht allzu freundlich gesinnte "Frankfurter Allgemeine" den Beitrag "Aus Vertreibung soll 'Transfer' werden" von Alfred Schickel gebracht. Es sind darin mehrere, wohl bewußt der Wahrheit nicht entsprechende Informationen enthalten. So z.B. die Feststellung, die Empfehlungen seien eine Art Diktat der polnischen Seite, denn die meisten westdeutschen Mitglieder der Schulbuchkommission beherrschten die polnische Sprache nicht und hätten deshalb keine Möglichkeit, auf die philologischen Feinheiten des polnischen Wortlauts der Empfehlungen Einblick einzugehen. Sie wären auch außerstande, den Verlauf der Beratungen genau zu verfolgen, weil sie sich die Übersetzung anhören müßten. In Wirklichkeit wurden aber die Beratungen in deutscher Sprache geführt, und am Redigieren des polnischen Textes waren diejenigen von den westdeutschen Wissenschaftlern beteiligt, die die polnische Sprache gut beherrschten. Dieser Vorwurf ist also erfunden.

Kritisiert wurde ferner der Personalbestand der westdeutschen Kommissionsmitglieder. Wie bereits gesagt wurde, sind das alles renommierte Gelehrte, die verschiedene geschichtswissenschaftliche Strömungen wie auch stark differenzierte politische Anschauungen repräsentieren. Die Forderung, wenig bekannte Wissenschaftler in die Kommission aufzunehmen, ist alles andere als seriös. Was soll denn die Kritik, daß die "schlesischen und ostpreußischen Historiker" unberücksichtigt blieben, bedeuten? Werden damit die aus diesen Gebieten stammenden Personen oder auch die sich mit der Geschichte dieser Regionen befassenden Wissenschaftler gemeint? Von den letzteren gab es mehrere unter den westdeutschen Mitgliedern der Kommission. Oder werden vielleicht eben die starrsinnigen und unversönlichen Personen gemeint, die nichts vergessen und nichts dazugelernt haben?

Als Antwort auf den Beitrag von Schickel wurden an die "Frankfurter Allgemeine" mehrere Leserbriefe gesandt. Sogar zwei Briefe schickte Prof. Dr. Josef Joachim Menzel aus Mainz (veröffentlicht in der Nr. vom 30.12.1976 und 26.1.1977).

Er war es eben, der sich den letzten von Schickel gestellten Vorwurf aufgriff und sich selbst für die Kommission empfiehlt. Er versucht auch den 1974 verstorbenen Vorsitzenden der westdeutschen Schulbuchkommission, Prof. Georg Eckert (nach ihm wurde das Braunschweiger Institut zur Untersuchung der Schulbücher benannt) und den gegenwärtigen Vorsitzenden, Prof. Walter Mertineit, in Verleumdung zu bringen.

Die im Artikel von Schickel enthaltene und durch die Briefe Menzels unterstützte Kritik bezog sich aber wieder auf diejenigen Fragmente der Empfehlungen, die die "Vertreibung" der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Lausitzer Neiße zum Inhalt haben. Als weitere Fürsprecher Menzels meldeten sich die uns schon bestens bekannten zwei Bundestagsabgeordneten: Dr. Herbert Hupka ("Frankfurter Allgemeine" vom 10.12.1976) und Helmut Sauer (Nr. vom 24.12.1976). Einen weiteren Brief zum selben Thema (von Werner G. Midlemann aus Bregenz, Nr. vom 7.1.1977) veröffentlichte die Redaktion unter dem vielsagenden Titel "Neue geschichtliche Lügen". Was wird hier also gespielt?

Meiner Auffassung nach geht es hier um die Semantik, die jedoch auch mit der Politik gekoppelt ist. Der Begriff "Vertreibung" wurde von den westdeutschen Umsiedlerverbänden oder wie sie sich selbst nennen - "Vertriebenenverbänden" - nach 1949 lanciert. Dann war er in der BRD während des Kalten Krieges im allgemeinen Gebrauch und blieb es bis heute. Falls die Normalisierung der Beziehungen mit Polen in der Bundesrepublik Deutschland übereinstimmend mit dem Geiste des Vertrages vom 7.12.1970 verlaufen soll, erscheint es wichtig, die in diesem Bereich allgemein gebrauchten Termini meritorisch zu korrigieren. Mit anderen Worten soll man den Ressentiments weckenden und dem realen Sachverhalt nicht entsprechenden Begriff "Vertreibung" mit einer sachlichen Erörterung jener Erscheinung der doch verschiedene Ursachen zugrunde lagen, ersetzen. Man kann ja nicht die 1944 und 1945 von den Nazi-Behörden

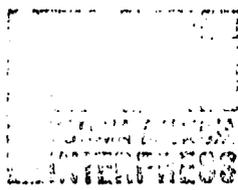
durchgeführte Zwangsevakuierung der deutschen Bevölkerung aus unseren späteren West- und Nordgebieten, die viele Menschenopfer gefordert hat (z.B. die bei großer Kälte stattgefundene Wrocław-Evakuierung im Januar 1945), mit der Umsiedlung der Deutschen kraft Artikel XIII des Potsdamer Abkommens auf einen Nenner bringen. Das Gleichheitszeichen zwischen diesen zwei demographischen Erscheinungen bedeutet, daß die moralische Verantwortung für die brutalen und mit biologischen Verlusten verbundenen Unternehmungen der Nazi-Behörden auf die Polen abgewälzt wird. Und noch mehr. Der Titel des Beitrages von Alfred Schickel lautete: "Aus Vertreibung soll Transfer werden". Schon darin ist eine irreführende Information enthalten. In den Empfehlungen der Schulbuchkommission ist nämlich von mannigfaltigen Kategorien der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung in Richtung Westen die Rede, und die "Potsdamer Umsiedlungen" hat man nicht als "Transfer", sondern auf deutsch als "Zwangsumsiedlung" bezeichnet. Dieses Wort ist genügend stark und ausdrucksvoll und entspricht dabei dem tatsächlichen Tatbestand. Es ist dabei frei von diesem semantisch-politischen Beigeschmack, der dem Begriff "Vertreibung" innewohnt.

Die oben geschilderten Fragmente der in den Spalten der "Frankfurter Allgemeinen" geführten Diskussion stellen lediglich eine Exemplifikation dar. Ähnliche Beiträge brachten "Die Welt", "Nürnberger Nachrichten" oder sogar die Münchener "Süddeutsche Zeitung", um nur die überlokalen Tageblätter zu nennen. Hinzugefügt sei, daß Dr. Hans Neuhoff und Hans-Günter Parplies im vergangenen Jahr im Auftrag des Bundes der Vertriebenen eine Broschüre verfaßt haben, in der sie sich kritisch mit den Empfehlungen befassen, Ihr Interesse galt aber auch diesmal ausschließlich den oben erörterten Problemen. Man gewinnt beinahe den Eindruck, die Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen habe erst gegen Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen.

Kehren wir jedoch zu der in der "Frankfurter Allgemeinen" geführten Diskussion zurück. Außer den furiosen, aufgeregten, unsachlichen und uns gegenüber feindseligen Stimmen gab es ja auch solche, die voller Vernunft waren. Ich meine z.B. den Brief von Prof. Dr. Horst Kuss aus Göttingen (vom 6.12.1976), Prof. Dr. Klaus Zernack - Mit-

glied der Schulbuchkommission von seiten der BRD (vom 9.12.1976) und Prof. Dr. Hartmut Boockmann aus Kiel - Experte der westdeutschen Schulbuchkommission (vom 12.1.1977). In einem umfangreichen Beitrag vom 31.1.1977 hat ein weiteres Mitglied der westdeutschen Kommission, Prof. Dr. Gotthold Rhode, zu den bisherigen Diskussionsbeiträgen insgesamt Stellung genommen. Die polnische Übersetzung dieses Artikels wird in der neuesten Nummer der Wochenzeitschrift "Forum" gebracht.

Leider führen jedoch nicht die vernünftigen Stimmen in den heute in der BRD geführten Diskussion zum Inhalt der "Schulbuchempfehlungen" die Oberhand. Sicher sollte die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik im Hinblick auf den hier erörterten wichtigen Aspekt nicht so verlaufen, umso mehr, als es nicht nur heute, sondern auch für die kommenden Generationen von Belang ist.



POLNISCHE AGENTUR INTERPRESS

Pressehauptredaktion

Bagajeta 12, 00-583 Warschau
tel. 26-22-21; telex 61 4775 pai pl

Polnisch-westdeutsche Schulbuchkonferenz

FÜR DIE SACHE DES FRIEDENS UND GUTNACHBARLICHER BEZIEHUNGEN

Am 30. November 1977 ging in Bonn die 3tägige Konferenz der Vertreter Polens und der BRD, die der Revision der Schulbücher und dem Normalisierungsprozeß zwischen beiden Staaten gewidmet war, zu Ende. Die Konferenzteilnehmer unterstrichen die Bedeutung der von der gemeinsamen Kommission erarbeiteten Empfehlungen und der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Polen und der BRD.

x

Ebendiesem Problemkomplex war die gegenwärtige Konferenz gewidmet, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten organisiert worden war. Von der Rangstellung dieser Konferenz mag die Tatsache zeugen, daß ihre Teilnehmer Begrüßungsschreiben von den führenden BRD-Politikern mit dem Bundespräsidenten Walter Scheel, Bundeskanzler Helmut Schmidt, SPD-Vorsitzenden Willi Brandt und Außenminister Hans Dietrich Genscher an der Spitze bekommen haben.

Die Teilnehmer der Bonner Konferenz sind sich dessen bewußt, daß die Umsetzung der Empfehlungen der gemeinsamen Kommission zum Inhalt der Geschichts- und Geographielehrbücher in die Schulpraxis in der BRD auf Schwierigkeiten stößt. Während der sachlichen Diskussionen wurde eine Analyse dieser Schwierigkeiten vorgenommen und auf die Möglichkeit ihrer Überwindung hingewiesen. Der Vorsitzende der polnischen Delegation, der Vizeminister für Volksbildung und Erziehung, Romuald Jezierski, stellte fest, daß die Einführung der Empfehlungen im Schulwesen der BRD in Polen mit Aufmerksamkeit verfolgt wird, und daß Äußerungen derjenigen Personen Anerkennung finden, die sich mit vollem Engagement und Verständnis für eine volle Einführung der Bestimmungen der gemeinsamen polnisch-westdeutschen Kommission aussprechen. Es

dürfen aber Erklärungen jener Politiker nicht unbeachtet gelassen werden, die die Erfüllung dieser Aufgabe erschweren.

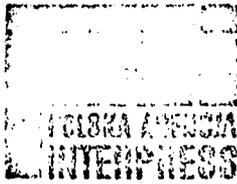
Die Konferenzteilnehmer messen einer schnellen Einführung der Empfehlungen in die Schulbücher eine große Bedeutung bei, geht es hier doch um eine solche Erziehung der jungen Generation in beiden Ländern, damit sie für die Sache des Friedens und gutnachbarlicher Beziehungen wirkt. In der BRD - dies stellten die Delegationen beider Länder einmütig fest - wurde die Frage der Revision der Schulbücher erst eingeleitet und man sollte ihre volle Verwirklichung anstreben, entsprechend der von der VRP und der BRD abgeschlossenen kulturellen Vereinbarung. Die gemeinsame Schulbuchkommission sollte ihre Arbeit fortsetzen.

Mit Zufriedenheit wurde von den Konferenzteilnehmern der Vorschlag angenommen, ein weiteres Treffen mit polnischen Vertretern der Volksbildung und Schulbuchverlegern zur Besprechung aller mit dem Unterrichtsstoff verbundenen Probleme zu organisieren.

Sowohl zeitlich als auch meritorisch fiel die Konferenz mit der Erklärung der SPD-Nachwuchsorganisation "Jungsozialisten" aus Essen zusammen. Wie ein Journalist der Polnischen Nachrichtenagentur PAP schreibt, haben sie eine 200 Seiten starke Dokumentation veröffentlicht, die 3000 Buchtitel in der BRD enthält, von denen viele das nationalsozialistische Regime geradezu offen rechtfertigen, ja sogar beschönigen. Die Jungsozialisten rufen die politischen Parteien auf, "alles, in ihren Kräften stehende zu tun, um diese braune Welle aufzuhalten" und besonders drastische Fälle des Einschmuggelns neofaschistischer Ideologie gerichtlich zu ahnden. Die Gesetzgebung verpflichtet sogar dazu. Die oben erwähnte Initiative bestätigt einmal mehr die Triftigkeit der von den polnischen Wissenschaftlern und Publizisten vorgebrachten Einwände hinsichtlich des Geschichtsunterrichts in der BRD. Ein anderer Ausdruck der sichtbaren Belebung praktischer Initiativen hinsichtlich der Schulbuchrevision ist die Herausgabe einer Sondernummer (100 000 Exemplare) der westdeutschen Wochenschrift

"Parlament", die ausschließlich den Schulbüchern gewidmet war und u.a. den vollen Wortlaut der von beiden Seiten vereinbarten Empfehlungen, mit einem Vorwort der beiden Kommissionsvorsitzenden, abdruckte. All das veranschaulicht das zum Abschluß des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Warschau unterzeichnete Kommuniqué, in dem es heißt, daß im Bereich der Erziehung der Jugend einiges getan wurde, das es aber hierin noch viel zu tun gibt.

"Trybuna Ludu" vom 1. Dezember 1977



POLNISCHE AGENTUR INTERPRESS

Pressehauptredaktion

Bagatela 12, 00-585 Warschau
tel. 28-22-21; telex 81 4775 pai pl

Jerzy Wyczyński

DIALOG DER HISTORIKER

POLEN-BRD

"Die Vernichtung Polens rückt in den Vordergrund. Ziel ist die Zerstörung der lebendigen Kraft, und nicht das Vordringen zu einer bestimmten Linie. Falls der Krieg im Westen ausbricht, bleibt die Vernichtung Polens auch dann vorrangige Aufgabe."

"Ich weiß, daß der heutige Akt jene auf derart brutale Weise entstandene Kluft niemals zuzuschütten vermag ... Verständigung oder schlechthin Versöhnung kann nicht von Staatsmännern vollzogen werden, sondern muß in den Herzen der Menschen auf beiden Seiten heranreifen." (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

Zwischen den oben angeführten Auszügen aus Ansprachen liegt ein Zeitraum von 31 Jahren, beide wurden von Personen geäußert, die das Kanzleramt ausübten; ein jeder umreißt die Grundsätze der deutschen Politik der polnischen Nation gegenüber. Der erste ist ein Auszug aus der Ansprache Hitlers vom August 1939 an die höheren Befehlshaber, den anderen haben wir der Ansprache von Willy Brandt in Warschau aus Anlaß der Unterzeichnung des historischen Vertrages am 7. Dezember 1970 entnommen. Wir stimmen überein mit der Feststellung, daß die Frage der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen, wenn sie einen allgemeinen und bleibenden Charakter haben soll, sich nicht nur und ausschließlich auf einen politischen bilateralen Vertrag beschränken kann. Hier sind in viele Richtungen und auf vielen Ebenen verlaufende Aktivitäten notwendig, die in das Bewußtsein der Bürger beider Staaten mittels des Rundfunks, des Fernsehens, des Kinos und Theaters, mittels Ausstellungen, sowie des belletristischen und wissen-

schaftlichen Buches vordringen werden. In diesen sich in vielen Richtungen abspielenden Aktivitäten hat die Schule mit ihrem didaktisch-erzieherischen Programm, in welchem solche Fächer wie: Geschichte, Erdkunde, Literatur, staatsbürgerliche Erziehung besondere Aufmerksamkeit verdienen, eine ungemein gewichtige Rolle zu erfüllen.

Indem man unter anderem den Unterricht in diesen Fächern ausnutzte, hat man die europäischen Nationalismen in der Periode der nationalen Befreiungskämpfe, der Vereinigungsbewegungen und der Kolonialexpansion herausgebildet. Als besonders gefährvoll hat sich der deutsche Nationalismus erwiesen, da er die Überlegenheit seines Volkes und dessen Anspruches auf territoriale Annexion zugrunde legte. Der Erste Weltkrieg hat darüber ein unleugbares Zeugnis abgelegt. Aus diesem Grunde wurden nach seiner Beendigung Versuche unternommen, die Schule zu humanisieren, die Lehrpläne und Schulbücher zu revidieren, um mit Hilfe von ihnen einander näher zu kommen und nicht sich abzusondern, um einander zu verstehen, anstatt zu hassen. Den ersten Schritt auf diesem Wege haben die skandinavischen Staaten getan, die bereits im Jahre 1919 in der Frage der einheitlichen historischen Interpretation in den für den Schulgebrauch bestimmten Lehrbüchern und anderen Publikationen zu einem Einvernehmen gelangt waren. Analoge Gespräche mit unterschiedlichem Erfolg werden ebenfalls von anderen Staaten geführt.

Im Jahre 1933 hat sich auch bei uns eine Kommission zur Überprüfung ausländischer Schulbücher konstituiert. Eine Gruppe von 21 Rezensenten hat die deutschen Lehrbücher für Geschichte einer Prüfung unterzogen und dabei festgestellt, daß praktisch genommen nicht ein einziges Fragment der deutsch-polnischen Beziehungen gemäß der historischen Wahrheit dargestellt ist. Auf die von uns übersandten kritischen Einwände hat die deutsche Seite nicht reagiert. Und wiederum hat die Welt teuer dafür gezahlt, daß man den Haß in den Rang der höchsten Pflicht erhoben hatte. Indem man aus dieser Tragödie die korrekte Schlußfolgerung zog, wurde im Beschluß der Potsdamer Konferenz

vom August 1945 gesagt, daß "über die Erziehung in Deutschland eine Kontrolle in einem Geiste erstreckt wird, um die nationalsozialistischen und militaristischen Doktrinen restlos auszumerzen sowie die erfolgreiche Entwicklung demokratischer Ideen zu ermöglichen". Die Umerziehung des deutschen Volkes nahm ihren Anfang. Zunächst unter aktivem Anteil der alliierten Besatzungsmächte, danach der demokratischen Elemente unter den Deutschen selbst. Und die Effekte? Wenn sie in der sowjetischen Besatzungszone und darauf in der Deutschen Demokratischen Republik früher zutage traten, so stieß dieser Prozeß im westlichen Teil auf immense Widerstände. Die westdeutsche Propaganda trachtete mit allen Mitteln - darunter auch mittels der Schule - danach, es nicht zu einer Regelung der Beziehungen mit dem Osten, namentlich mit Polen, kommen zu lassen. Ein Wandel ist Ende 1970 eingetreten. Die schuf die Möglichkeit, einen Dialog enso auf unterer Stufe zu führen - unter Historikern, Geographen, Pädagogen und Verlegern.

Momentan jährt sich zum fünften Mal der Tag, an dem der Dialog der Historiker Polens und der BRD über eine angemessene (objektiv korrekte) Interpretation der deutsch-polnischen Beziehungen in beiden Staaten in die Wege geleitet wurde. Es geht hier um die Fixierung gewisser Empfehlungen für die Autoren von Lehrplänen, Lehrbüchern und anderen Publikationen, die vorab für Schüler und Lehrer bestimmt sind.

Auf Initiative von Personen, die sich der Notwendigkeit bewußt waren, gewisse, für beide Seiten nachteilige Stereotypen im historischen Denken auszumerzen, unter denen auch Prof. Władysław Markiewicz, Prof. Georg Eckert aus Braunschweig, Prof. Walter Mertineit von der Pädagogischen Hochschule Flensburg zu erwähnen sind, wird eine Expertenkommission berufen, um die erwähnte Interpretationsauslegung festzulegen. Die Rolle des Sekretariats übernahmen für die deutsche Seite das Internationale Institut für Schulbücher in Braunschweig, für die polnische - das Institut für Lehrpläne des Ministeriums für Volksbildung und Erziehung.

Neunmal sind die Experten (abwechselnd in Warschau und

Braunschweig) im Bereich Geschichte, Pädagogik, Geographie und Schulpublikationen zusammengetreten, um bei langen, mühsamen, und scharfen Gesprächen die definitive Formulierung der 26 Empfehlungen zur Geschichte zu fixieren. Die geographische Problematik bereitete weniger Schwierigkeiten, mit Ausnahme der geographischen Bezeichnungen, weshalb wir sie in diesem Artikel übergehen können.

Im Verlauf der neunten Konferenz im April 1976 wurden in Form von 26 Thesen Empfehlungen redigiert und zur Veröffentlichung übergeben, die so rasch wie möglich in die Lehrprogramme und Schulbücher eingeführt werden sollten. Ihr vollständiger Text wird in Kürze im "Kwartalnik Historyczny" und im "Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht" erscheinen. Neun Thesen betreffen die deutsch-polnischen Beziehungen unserer ersten Unabhängigkeit (bis zum Jahre 1795). Wir haben hier abgestimmte Interpretationsempfehlungen von unter anderen derartigen Problemen: Slawen und Germanen im Altertum und Frühmittelalter, das Kaiserreich und die deutsch-polnischen Beziehungen im Hochmittelalter, die deutsche Kolonisation im mittelalterlichen Mittel- und Osteuropa, die deutsch-polnischen kulturellen und konfessionellen Beziehungen in der Renaissance und im Barock, Preußen und die Teilungen Polens. In elf Stichworte hat man den Zeitraum 1795-1945 gefaßt (der Kampf der polnischen Nation um Freiheit und Unabhängigkeit, der Einfluß des polnischen nationalen Befreiungskampfes auf Deutschland, die Polenpolitik des Deutschen Reiches, die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik, die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933-1939 usw.), in sechs, den zur Abstimmung schwierigsten Abschnitt - die Nachkriegsjahre.

Vereinheitlicht wurden die Standpunkte in bezug auf die Mehrheit der Thesen, in denen ein Kompromiß um den Preis großer Gedankensprünge erzielt wurde, in einigen Fällen hat man sich lediglich darauf beschränkt, die zutage tretende Differenz der Anschauungen anzudeuten. Das letzere bezieht sich auf derartige Themen, wie Polen und der Deutsche Orden, wo an die acht Probleme hervorgehoben wurden, welche einer weiteren

Diskussion bedürfen, die in der Beurteilung beider Kommissionen überaus kontroversen Geschichte Schlesiens und Pommerns im Mittelalter, die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933-1939 und die Widerstandsbewegung während des 2. Weltkrieges.

Die meisten Schwierigkeiten bei der Abstimmung der Standpunkte, bei der Auffindung von beide Seiten zufriedenstellenden Formulierungen hat die neueste Geschichte, die Geschichte der Nachkriegszeit, bereitet. In gewissem Sinne ist das verständlich. Es sind allzu frische Ereignisse, um sie vollends und eindeutig interpretieren zu können; die Historiker haben keinen Zutritt zu vielen Archivquellen, gewisse Anschauungen werden hier aufgrund von Relationen von Personen formuliert, die Zeugen oder sogar Teilnehmer wichtiger Ereignisse sind (die Interpretation ist unterschiedlich, je nach der Seite, welche die jeweilige Erklärung abgibt). Die BRD-Historiker bewerten die Tätigkeit vieler ihrer Politiker positiv, denen gegenüber die polnische Seite begründete Vorbehalte geltend macht, sie neigen dazu, die politisch destruktive Rolle der sogenannten Landsmannschaften zu vermindern oder gar zu leugnen, haben keine Vorbehalte in bezug auf die deutsche Realisierung der Bestimmungen des Vertrages vom 7. Dezember 1970. Wir hingegen wissen, daß in der Rechtsdoktrin der BRD die deutschen Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiterhin anerkannt werden, zudem wird eine gesamtdeutsche Staatsbürgerschaft als geltend angesehen und Personen, die aus der PRL im Rahmen der Familienzusammenführung ausreisen, wird die Bezeichnung und der Status von "Heimatvertriebenen" verliehen. Und diese Nationalhymne, die nach dem 2. Weltkrieg nicht abgeändert wurde, eine Hymne, die von einem Deutschland von der Maas bis zur Memel spricht. Abgesehen von den moralpatriotischen Tendenzen ihres Schöpfers Hoffmann von Fallersleben, erinnern uns alle ihre Strophen an den Parademarsch der braun, schwarz und feldgrau gekleideten NS-Verbände auf den Straßen von Warschau, Kopenhagen, Brüssel, Amsterdam, Paris, Belgrad oder Athen. Der Normalisierung auf dem Gebiet der Lehrbücher und der Geschichte sind die in der auf dem in Düsseldorf beratenden Parteitag der Christlich-DEMokratischen Union verabschiedeten programmatischen Resolution enthaltenen antipolnischen Losungen gewiß nicht förderlich.

Lang ist noch die Liste jener historischen Probleme, die auf eine eindeutige beziehungsweise ähnliche historische Auslegung warten. Noch länger jene, um diese Auslegung auf Lehrpläne und Schulbücher zu übertragen. Am längsten aber die, um die Anschauungen des jungen Polen und Deutschen über die Hauptprobleme der gegenseitigen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Beziehungen umzuwandeln, Probleme, die bislang so unterschiedlich dargelegt worden waren.

Doch die Tatsache, daß der Dialog beginnt und daß dabei Erfolge zu verzeichnen sind, ist erfreulich. Das wird von Prof. Gotthold Rhode unterstrichen, der in der "Frankfurter Allgemeinen" schreibt, daß ... "derjenige, der im Jahre 1945 vorausgesehen hätte, daß polnische und deutsche Historiker und Geographen der Nachkriegsgeneration in Warschau in deutscher Sprache zwar harte, doch sachliche, höfliche, kollegiale Gespräche über die Möglichkeit einer Objektivierung des Inhalts von Schulbüchern und des Geschichtsunterrichts werden führen können - als verrückt anghesem werden wäre. Ein solcher Blick zurück beweist, daß die Arbeit an einem derartigen Werk nicht ausschließlich mit Skepsis zu behandeln ist." (Rückübersetzung aus dem Polnischen). Dennoch tritt diese Skepsis zu tage, als wir aus der Septemhernummer der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom Vorjahre erfuhren, daß der Landtag von Schleswig-Holstein die Festlegungen der Schulbuchkommission (mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten) abgelehnt hat. Unsere Skepsis wird durch die Arbeit von Hermer Maser bekräftigt ("Nürnberg - das Tribunal der Sieger"), in der die größten Nazi-Kriegsverbrecher rehabilitiert werden. Dieser Normalisierung wird ebenfalls nicht durch den Dokumentarfilm von Joachim Fest, in dem Hitler als Nationalheld dargestellt wird, der Weg geebnet.

In den Gesprächen über diese Form der Normalisierung legt die polnische Seite große Nachsicht, großen Glauben und große Geduld an den Tag. Wie lange kann man aber warten?

"Fakty" vom 5. November 1977

POLNISCHE AGENTUR INTERPRESS

Pressehauptredaktion

Bagatela 12, 00-585 Warschau
tel. 23-22-21; telex 81 4775 poi pl

IN DER SORGE UM DIE HISTORISCHE WAHRHEIT

Gespräch mit Prof. Dr. Władysław Markiewicz,
dem Sekretär der Abteilung Gesellschaftswissenschaften
der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Vom 2. bis 5. Juni 1977 wurde in Łańcut eine im Rahmen des langfristigen Aktionsprogramms der UNESCO-Kommission für die Verbesserung der Lehrbücher in der VRP und der BRD organisierte wissenschaftliche Konferenz über die antifaschistische Widerstandsbewegung in Polen und Deutschland (1933-1945) abgehalten. An der vom Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) unter Mitarbeit des Internationalen Georg-Eckert-Instituts für Lehrbücher in Braunschweig veranstalteten Konferenz haben 36 Geschichtswissenschaftler aus beiden Ländern teilgenommen. Die Eröffnung der Konferenz wurde von den Vorsitzenden der Lehrbuchkommissionen, Prof. Władysław Markiewicz und Prof. Walter Mertineit, vorgenommen.

Bei den jeweiligen Sitzungen führten nachstehend genannte Professoren den Vorsitz: Czesław Madajczyk (Warschau), Siegfried Bachmann (Braunschweig), Franciszek Ryszka (Warschau), Hans Mommsen (Bochum), Henryk Zieliński (Wrocław), Gotthold Rhode (Mainz) und Marian Wojciechowski (Warschau).

Eine einführende Zusammenfassung der wissenschaftlichen Ergebnisse des Treffens in Łańcut vollzogen: Prof. Karl Dietrich Erdmann aus Kiel, Vorsitzender des Internationalen Komitees der Geschichtswissenschaften, und Prof. Antoni Czubiński aus Poznań.

Wie im Schlußkommuniqué des Gelehrtentreffens zu lesen ist "ist die Konferenz in einer Atmosphäre der Aufrichtigkeit und einmütiger schöpferischer Arbeit verlaufen. Die Konferenzteilnehmer geben der Überzeugung Ausdruck, daß ihre Ergebnisse den Forschungen über die antifaschistische Widerstandsbewegung in der VRP und der BRD wie auch in anderen Ländern neue Perspektiven zu erschließen vermögen. Sie wenden sich an die Lehrbuchkommission der UNESCO, damit diese Bemühungen unternähme, die Konferenzmaterialien in Polen und in der Bundesrepublik

Deutschland gedruckt, herauszugeben und sie als Annex zu den von ihr bearbeiteten "Empfehlungen" akzeptiere.

Im Verlauf der Konferenz wurde eine Sitzung des Präsidiums der Lehrbuchkommission der UNESCO abgehalten".

Im Zusammenhang mit der Konferenz von Łańcut und der Sitzung des Präsidiums der erwähnten Kommission haben wir uns an Prof. Dr. Władysław Markiewicz mit der Bitte gewandt, das Ergebnis der Beratungen beider Gremien zu kommentieren.

Als einer der beiden Vorsitzenden der UNESCO-Kommission für die Verbesserung der Lehrbücher nehmen Sie Herr Professor sehr aktiv an sämtlichen ihren Arbeiten teil. Für die mit der Tätigkeit dieser Kommission verbundenen Themen interessieren sich, wie wir wissen, ungemein zahlreiche Leser der Wochenschrift "Za wolność i lud" (Für Freiheit und Volk). Sie haben Ihren Artikel, Herr Professor, der in unserem Blatt in der Nummer 21 vom Jahre 1976 veröffentlicht wurde in Erinnerung, in dem Sie den Bearbeitungsstand der durch die erwähnte Kommission festgelegten "Empfehlungen" in bezug auf die Abänderungen in den Geschichtslehrbüchern kommentiert haben. Nunmehr möchten wir Sie um einen Kommentar über die Ergebnisse des Treffens von Łańcut ersuchen.

Beginnen wir vielleicht mit der Feststellung, daß die Organisatoren dieser Begegnung sowohl polnischerseits als auch seitens der BRD von vornherein ihr einen Arbeits- und strikte wissenschaftlichen Charakter zugrunde gelegt hatten. Gerade deswegen haben wir nach Łańcut weder Vertreter der Presse noch andere Interessenten eingeladen, die, wie ich weiß, den Wunsch geäußert hatten, an der nach dort im Juni des Vorjahres einberufenen wissenschaftlichen Konferenz über die antifaschistische Widerstandsbewegung in Polen und in Deutschland als Beobachter teilzunehmen. Ich füge hinzu, das sich dieses Thema in Polen auf die Jahre 1939-1945, in Deutschland hingegen auf die Periode seit mit der Machtübernahme Hitlers im Reich, also seit 1933 bis Kriegsende erstreckt!

Es steht mir an, daß ich mich bei den Interessenten - auch bei den Mitgliedern des Verbands der Kämpfer für Freiheit

und Demokratie - dafür entschuldige, daß wir, indem wir uns von den erwähnten, übereinstimmend akzeptierten Kriterien leiten ließen, außer einen Kreis von Wissenschaftlern, die mit den Arbeiten unserer Kommission verbunden waren, keine größere Anzahl von Personen zu dieser Tagung einladen konnten. Aus diesem Grunde schätze ich die Gelegenheit umso mehr, mich in den Spalten von "Za wolnośc i lud" über das Fazit dieses Treffens, das fraglos verdient, popularisiert zu werden, äußern zu können. Die Materialien über die Arbeiten der Tagung, insbesondere die dort gehaltenen Referate, werden übrigens in Zukunft veröffentlicht werden.

Die Konferenz von Łańcut war die erste der geplanten wissenschaftlichen Tagungen, deren Ziel es sein soll, gewisse von unserer Kommission erörterte Themen zu vertiefen und zu entwickeln. Als ein besonders wichtiges, in den zuvor durch die Kommission bearbeiteten "Empfehlungen" lediglich angedeutetes Thema, würde ich gerade das Problem der antifaschistischen Widerstandsbewegung erachten. Vor zwei Jahren, als wir die "Empfehlungen" vorbereiteten, gelangten wir zu dem Schluß, daß die Problematik dieser Bewegung, zumal der polnischen, bei der Jugend der BRD nahezu unbekannt ist. Andererseits wissen wir, daß in der BRD sich die Überzeugung breit gemacht hat, daß die Bedeutung der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung in Polen unterschätzt wird. Daher die besondere Bedeutung, die wir dieser Tagung zukommen ließen.

Für die Zukunft planen wir, derartige Tagungen alljährlich abwechselnd in beiden Ländern abzuhalten: in diesem Jahr haben wir vor, in der BRD über das Zusammenwirken von polnischen und deutschen Revolutionären-Demokraten in den Jahren 1830-1848 zu debattieren. Ebenso werden die Wissenschaftler aus Polen für diese - wie auch für die in diesem Jahr stattfindende Tagung in Łańcut - gewichtige historische Referate vorbereiten.

Welchen Beitrag haben unsere Gelehrten zu den Leistungen der Tagung von Łańcut geleistet?

Wiewohl diese unter den Auspizien der Lehrbuchkommission abgehalten wurde, war das Historische Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften der tatsächliche Organisator der Tagung. Mit Einverständnis des wissenschaftlichen Sekretärs der Abteilung Gesellschaftswissen der PAN, Prof. Jan Kaczmarek, befassen sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts ebenfalls - polnischerseits - mit dem diesjährigen Treffen.

Referenten in Łańcut waren wissenschaftliche Mitarbeiter sowohl der Polnischen Akademie der Wissenschaften als auch mancher Hochschulen - des Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung an der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP sowie der Universitäten: Warschau, Poznań, Wrocław und der Schlesischen Universität Katowice. Sie bereiteten 8 Referate vor, abgesehen von den Ansprachen zur Eröffnung und zum Abschluß der Konferenz sowie den Diskussionsbeiträgen im Verlauf der Beratungen. Die westdeutsche Seite präsentiert 9 Referate (darunter ein von Dr. Wolfgang Jacobmeyer aus München u.d.T. "Die Beurteilung der polnischen Widerstandsbewegung sowie die Abwehrmittel im Lichte militärischer und ziviler deutscher Quellen") in der Diskussion hingegen ergriffen 45 Redner aus beiden Ländern das Wort.

Unsererseits erläuterten Prof. Dr. Franciszek Ryszka und Doz. Dr. Eugeniusz Duraczyński aus Warschau im Referat "Begriff und Erscheinung der Widerstandsbewegung". Diese wissenschaftliche Arbeit würde ich zu den interessantesten rechnen, die während der Tagung gehalten wurde. Prof. Dr. Czesław Madajczyk präsentierte "Zwei politische Richtungen der Widerstandsbewegung in Polen", Doz. Dr. Bogdan Hillebrandt hingegen "Die bewaffnete Widerstandsbewegung in Polen". Doz. Dr. Zygmunt Mańkowski referierte den "Stand der Forschungen über die Widerstandsbewegung in Polen". Ein ausnehmend großes Interesse seitens der westdeutschen Tagungsteilnehmer rief das Referat von Prof. Dr. Józef Miąsa hervor "Unterricht im Untergrund in Polen". Die Diskussteilnehmer aus der BRD gaben zu, daß ihnen bislang der Umfang des illegalen Unterrichts, einer eigentlich beispielsweise und präzedenzlosen Erscheinung in dem vom Nazismus unterjochten Europa nicht bekannt gewesen sei. Wiewohl sie das Problem

selbstverständlich kannten - in der BRD ist sogar ein Buch über dieses Thema erschienen, der Autor ist Prof.Dr.Christoph Klessmann - so bildeten selbst für diesen Gelehrten die in Łańcut publik gemachten Einzelheiten aus dem Bereich der Organisation des Unterrichts, im Untergrund, begonnen bei den Vorschulen bis hin zu den Universitäten - eine wahre Sensation.

Mit einem wissenschaftlich überaus aufschlußreichen Referat trat ebenfalls Prof.Dr.Marian Wojciechowski hervor: "Die polnische Frage in der deutschen Widerstandsbewegung 1933-1945", ein bei unszulande wenig bekanntes Thema. Ein ähnliches Problem: "Die polnische Widerstandsbewegung in den Lehrbüchern der Bundesrepublik Deutschland" mußte für die Bedürfnisse der Tagung von Mag.Zbigniew Kulak aus Poznań bahnbrechend bearbeitet werden. Kurzum: es war eine überaus interessante Tagung und die Vorbereitung ihrer Teilnehmer war nach meinem Dafürhalten ausgezeichnet. Ich selbst betrachte mich nicht als Sachkundiger der während der Beratungen zur Sprache gebrachten Problematik, wengleich ich mich einst mit den soziologischen Aspekten der Hitlerokkupation in unserem Lande befaßt habe, mithin als objektiver Zuhörer setze ich hinzu: derart ausgezeichnete Tagungen kommen nicht häufig vor. Die von Łańcut war über alle Maßen ertragreich.

Aus der von Ihnen angegebenen Redneranzahl kann man schließen, daß in Łańcut eine ziemlich lebhaftete Diskussion geführt wurde?

Manche Diskussionsteilnehmer ergriffen etliche Male das Wort! Viele Auftritte hatten eigentlich den Charakter von Mini-Referaten. Die Polemik wurde nicht nur unter den Wissenschaftlern aus Polen und der BRD geführt, sondern gleichfalls in den "Landesgruppen", denn es ging ebenfalls um methodologische Probleme. Zum Beispiel: Wie ist der Begriff "Widerstandsbewegung" selbst zu definieren? Polemisch wurde ebenso - und das äußerst verbissen - über die Stichhaltigkeit der gemeinhin angenommenen Bestimmung "polnischer Untergrundstaat" diskutiert. Mich persönlich hat die Diskussion von der Richtigkeit des Gebrauchs dieser Definition überzeugt, denn das Hauptargument der Oppo-

nennten, daß der polnische Untergrund politisch uneinheitlich gewesen sei, hält in diesem Falle, so glaube ich, der Kritik nicht stand. Kann doch ein Staat in normalen Bedingungen, in Friedenszeiten, ebenfalls politisch differenziert sein.

Der politische Pluralismus der Widerstandsbewegung in Polen und in Deutschland unter Hitlers Herrschaft wurde gleichfalls Gegenstand langer Diskussionen. Die Wissenschaftler aus der BRD konstatierten z.B. selbstkritisch - wovon wir angenehm überrascht waren -, daß die Rolle der linken Strömung in der antifaschistischen Widerstandsbewegung, zumal in ihrem Lande, von der dortigen Historiographie unangemessen bewertet wurde und bislang noch bewertet wird.

Es dürfte wohl anzunehmen sein, daß dies eher aus politischen als aus wissenschaftlichen Gründen der Fall ist?

Vermutlich. Ich möchte darauf hinweisen, daß die westdeutschen Tagungsteilnehmer wiederum ihrerseits - wie sie sagten - durch die Tatsache angenehm überrascht waren, daß die polnischen Spezialisten, selbst wenn sie die politischen Programme und die ideologische Orientierung mancher antifaschistischer Organisationen auf dem Gebiet des Dritten Reiches sehr kritisch begutachteten, so erkennen sie in der Sorge um die historische Wahrheit dennoch an, daß den Aktivisten aller dieser Organisationen Achtung gebühre als Kämpfern, die ihr Leben aufs Spiel setzten, als sie gegen die NS-Barbarei auftraten. Die polnischen Tagungsteilnehmer verstanden es, die erwähnte Erscheinung auf volle Weise zu charakterisieren, indem sie sowohl in politischer als auch moralischer Hinsicht bewerteten, wobei es doch nicht stets übereinstimmende Urteile sein konnten.

Die wissenschaftliche Leistung der Tagung ist demzufolge bedeutsam. Darüber waren sich ihre Teilnehmer einig. Das Präsidium der Lehrbuchkommission, das aus Anlaß der Beratungen der genannten Konferenz in Łańcut zusammengetreten war, gelangte zu der Schlußfolgerung, daß die Veröffentlichung der Referate und Auftritte in der Diskussion einen wertvollen Annex zu den "Empfehlungen" in der Frage der Verbesserung der Geschichtslehrbücher auszumachen vermag.

Könnten Sie, Herr Professor, zumindest in großen Zügen, unsere Leser über die Beratungsthematik des Präsidiums informieren?

Es muß in Erinnerung gebracht werden, daß sich in den letzten Monaten in der BRD eine verstärkte Aktivität der mit den "Vertriebenen Organisationen" verbundenen revanchistischen und revisionistischen Kräfte beobachten läßt, die gegen die durch die Kommission akzeptierten "Empfehlungen" auftreten. Dazu mußte es übrigens kommen, ich sehe darin nichts Überraschendes, wurden doch bereits während der Arbeiten an den "Empfehlungen" in der BRD Proteste angekündigt, gewissermaßen beizeiten, zum künftigen Gebrauch. Ich würde die Stimmen der Gegner der "Empfehlungen" nicht auf die leichte Schulter nehmen, denn sie haben immer noch eine große Zuhörerschaft, wiewohl sei selbst vor primitiven Lügen nicht zurückweichen, z.B., was die Qualifikationen und die Zusammensetzung der Kommission anbelangt. Doch sollte man diese Stimmen - so meine ich - auch nicht aufbauschen. Unser Präsidium hat festgestellt, daß die "Empfehlungen" der Kommission in der BRD eine zunehmende Unterstützung seitens eines beachtlichen Teils einflußreicher intellektuellen Kreise, Gewerkschaftsmitglieder wie auch der Verfasser von Geschichts- und Geographielehrbüchern erfahren. Die Regierungen einiger Länder, wie Bremen und Hamburg, engagieren sich ebenfalls zugunsten der Verwirklichung der erwähnten "Empfehlungen".

Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, hat unlängst während seines Aufenthaltes in Warschau diesbezüglich seine Unterstützung Ausdruck verliehen. Auch ist der polnischen Öffentlichkeit die Äußerung eines der Spitzenfunktionäre der SPD, Hans Jürgen Wischnewski, bekannt, der letzters in den Spalten des "Sozialdemokrat Magazins" für die "Empfehlungen" eingetreten ist, indem er ihre Einführung in sämtlichen Ländern der BRD postulierte.

Ich glaube, daß sich ähnliche Äußerungen - wie während der Beratungen des Präsidiums gesagt wurde - in der Zukunft vermehren werden. Selbst in Ländern der BRD, die von den Christdemokraten regiert werden, wie Bayern - denn in Augsburg,

Erlangen und selbst in München gibt es ganze Milieus, die den Sinn der Verbesserung der Lehrbücher entsprechend den "Empfehlungen" begreifen. Die Teilung in Gegner und Anhänger der Festlegungen der Kommission verläuft in der BRD nämlich nicht zwischen der Parteien, wie vielmehr innerhalb der Parteien.

Es ist nicht zu erwarten, daß die mit der Einführung der "Empfehlungen" zusammenhängende Aktion - vor allem in der BRD - rasche Resultate erbringt. Der Nestor unserer Geschichtswissenschaftler, Prof. Stefan Kieniewicz, hat, als er die "Empfehlungen" rezensierte, seiner Meinung Ausdruck verliehen, daß ein langwieriger Prozeß ihrer Eingliederung zu erwarten ist. Wir haben mithin - während der Präsidiumsberatungen - beschlossen, nicht darüber zu streiten, in welchem von unseren beiden Ländern die Arbeiten an der Einführung jener "Empfehlungen" ins Leben weiter fortgeschritten sind, dagegen soll der Stand ihrer Eingliederung systematisch alljährlich beurteilt werden. Unsere Partner aus der BRD werden uns in dieser Hinsicht begutachten, wir hingegen ihre Resultate.

Herr Professor, wir danken Ihnen für Ihre so interessanten Ausführungen und Informationen.

Das Gespräch führte: Janusz Trzcianka

POLISH INTEREST AGENCY

Head Press Desk

Bagatela 12, 00-535 Warsaw
tel. 22-22-21; telex 81 4715 pai pl

Tadeusz Bolduan

AM ANFANG DES WEGES

Den Arbeiten der polnischen und westdeutschen Kommission der UNESCO zur Frage der Lehrbücher, an denen 40 Mitglieder und Experten teilnahmen, hat die Gesellschaft beider Länder reges Interesse entgegengebracht. Die Massenmedien haben über die gemeinsamen Arbeiten der Kommission, die seit 1972 abwechselnd in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland ihre Beratungen abgehalten hatte, ausführlich berichtet. Sie haben ebenfalls eine Polemik mit jenen politischen Gruppierungen in der BRD aufgenommen, die gegenüber den Arbeiten der Kommission und der Idee der Revision von Lehrbüchern selbst skeptisch oder gar feindlich eingestellt waren und weiterhin feindlich eingestellt sind. Es ist nun schon einmal so, daß dort, wo eine neue Qualität gegenseitiger Beziehungen ausgearbeitet wird, Emotionen ausgelöst werden und gleichfalls Leute zu Worte kommen, die - bedienen wir uns hier des Aphorismus - "erst dann hören, wenn ihnen die Ohren abgeschnitten werden".

*

In der polnischen Presse, insbesondere im Wochenblatt "Polityka", wurden die schwierigen Probleme der Lehrbücherrevision von Wissenschaftlern, unter anderen von den Professoren Stefan Kieniewicz, Władysław Markiewicz und Marian Wojciechowski sachkundig beleuchtet. Auch hat die "Polityka" eine Diskussion mit den Mitgliedern der gemischten Kommission organisiert, deren Stenogramm unter dem bezeichnenden Titel "Die Durchlüftung von Vorurteilen und Stereotypen" im Jahre 1975 veröffentlicht wurde. Dagegen rauschte es im bundesdeutschen Blätterwald nur so von differenzierten Meinungen über die Arbeiten der Kommission. Es wimmelte darin von revanchistischen und revisionistischen Losungen, versöhnliche Stimmen gab es aber auch. Von zahlreichen Publikationen in den

Spalten der "Frankfurter Allgemeinen", die auf diesem Gebiet besonders aktiv war, verdienen es, die objektiven Ausführungen der Kommissionsmitglieder Prof. Hartmut Boockmann und Prof. Klaus Zernack eigens hervorgehoben zu werden. Die genannten Professoren wiesen auf die Notwendigkeit und die Möglichkeit hin, den grundsätzlichen Diskrepanzen in den Historiographien beider Länder ein Ende zu bereiten. Die gesamte Diskussion wurde von Dr. Gotthold Rhode, Professor der Universität Mainz, rekapituliert, der an sämtlichen Tagungen der gemischten Kommission teilgenommen und darin eine positive Rolle gespielt hatte.

In seinem Artikel "Sollte man lieber gar nichts empfehlen?", der in der Nummer 25 der "Frankfurter Allgemeinen" abgedruckt und dem polnischen Leser in Nummer 7 der Schrift "Forum" zugänglich gemacht wurde, legte Prof. Rhode die Geschichte der Maßnahmen um eine Revision der Lehrbücher seit dem Jahre 1935 dar, charakterisierte den Verlauf und das Fazit der Arbeiten der Kommission, äußerte sich kritisch zu den Stimmen in der westdeutschen Presse, die die Kommission und die von ihr bearbeiteten Empfehlungen, welche übrigens damals in vollem Umfange noch nicht bekannt waren, auf geschmack- und taktlose Weise unter Beschuß genommen hatten.

Gut, daß man in den Jahren aktiver Tätigkeit der Kommission in die polnischen und westdeutschen Lehrbücher gewisse Abänderungen eingeführt hatte, was vom guten Willen beider Seiten zeugt, wiewohl sie - zumal im Falle der westdeutschen Lehrbücher - bei weitem nicht zufriedenstellen.

Soll man mithin über die Empfehlungen diskutieren oder schweigen? Als der Staatssekretär in der Bonner Regierung, Dr. Klaus von Dohnanyi, im Bundestag zur heftigen Attacke des Oberrevisionisten Herbert Hupka auf die Tätigkeit der Kommission Stellung nahm, stellte er fest: ... *"wir unterstreichen die Notwendigkeit, über die Empfehlungen zu debattieren sowie dieselben ins Leben einzuführen... Wer sich der Arbeit im Lehrbücherbereich entzieht, der liefert den Beweis für berechtigte Zweifel, ob ihm die Sache der Versöhnung zwischen Polen und der BRD am Herzen liege."* (Rückübersetzung aus dem Polnischen). In ähnlichem Geiste haben sich oftmals Bundes-

präsident Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Schmidt geäußert. Während des Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP Edward Gierek im Juni 1976 in der BRD wurde ein Kulturabkommen unterzeichnet, dessen Artikel 4. besagt, daß beide vertragschließenden Seiten dahingehend handeln werden, in den Lehrbüchern beider Länder die Empfehlungen der gemeinsamen Lehrbuchkommission zu berücksichtigen.

Weitere Diskussionen werden von den polnischen Forschern nicht ausgeschlossen; sie werden sogar von ihnen als notwendig betrachtet. In der Diskussion in den Spalten der "Polityka" stellte Prof. Gerard Labuda drei Gruppen von strittigen Fragen dar. Zur dritten Gruppe dieser Fragen, zu den schwierigsten, gehören jene, bei welchen ... *"die Differenzen in den Interpretationen nicht aus subjektiven Widersprüchen resultierten, sondern aus den in den historischen Prozessen selbst steckenden Widersprüchen. Das sind jene Fragen, bei denen jede der Seiten danach trachtet, ihr nationales Interesse zu verteidigen. Diese sind die schwierigsten und jüngstens gibt es davon sehr viele. Doch beziehen sie sich ebenso auf das Mittelalter: Die Geschichte Schlesiens und Pommerns oder auch des Deutschen Ordens, das sind - ähnlich wie der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges - fernerhin strittige Fragen, auf die wir in speziellen Konferenzen zurückkommen werden."* Bis 1980 sind einige spezialistische Symposien geplant, auf denen ausgewählte Streitfragen aus dem Bereich der Geschichte und Geographie erörtert und eine Analyse der Lehrbücher vollzogen werden wird.

Über die Empfehlungen muß diskutiert werden, sie müssen durch Fachgremien perfektioniert werden, und es muß schrittweise danach gestrebt werden, eine maximale Verständigung zu erzielen. Zugleich sind die bereits bearbeiteten Empfehlungen konsequent ins Leben einzuführen. Das eine schließt das andere nicht aus. Doch wenn es um Diskussionen verhältnismäßig leicht ist, so ist es bedeutend schwieriger, in den Lehrbüchern für Geschichte und Geographie sowie im Unterrichtsprozeß diesen Empfehlungen Rechnung zu tragen.

In Polen fallen alle Fragen der Volksbildung in den Kompetenzbereich der zentralen Volksbildungsbehörden, sonach bildet

die Einführung der Empfehlungen ins Leben keine größeren Schwierigkeiten, wiewohl sie Zeit erfordert. Anders liegen diese Dinge in der BRD, wo Bildungsfragen zum Kompetenzbereich der Kultusministerien der einzelnen Länder gehören. Doch vermag über die Umsetzung der Empfehlungen in die Praxis die ständige Konferenz der Kultusminister der Bundesländer zu entscheiden, so wie sie es im Jahre 1956 mit der berüchtigten "Ostkunde" getan hat, die fernerhin Pflichtfach in den Schulen ist. Um dieses Hindernis rechtlicher Natur zu überwinden, müssen die Landesregierungen ausnehmend guten Willen bezeigen und in erster Linie die "Ostkunde" aus den Schulen entfernen, denn nur dann läßt sich ein den Empfehlungen gemäßer Weg der Revision der Lehrpläne und -bücher bahnen.

Eine andere Hürde revisionistisch-emotionaler Natur ist ebenfalls schwierig wegzuräumen. Diese Hürde bilden nicht nur die im Bewußtsein der BRD-Gesellschaft fundierten nationalistischen Klischees der eigenen Geschichte, sondern vorab die Landsmannschaftsorganisationen, extrem nationalistische und andere, der Normalisierung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern, darunter - die christlich-demokratischen Gruppierungen, abgeneigte Organisationen. Es genügt daran zu erinnern, daß vier Länder, im denen die Christdemokraten die Macht ausüben, die Empfehlungen prompt ablehnten, und das von der CDU/FDP-Koalition regierte Niedersachsen und das Saarland in dieser Frage noch keinen Standpunkt bezogen. Von den sozialdemokratischen Ländern haben Bremen und Hamburg noch keine bindende Antwort erteilt, hingegen haben Nordrhein-Westfalen den Empfehlungen ihre volle Unterstützung gewährt. Die zwiespältigen Standpunkte angesichts der Empfehlungen in den einzelnen Ländern lassen kaum die Hoffnung aufkommen, daß dieses so mühsam ausgearbeitete Dokument in Kürze vollzugskräftig wird in der gesamten Bundesrepublik.

Die von der UNESCO-Kommission bearbeiteten Empfehlungen wurden in der ersten vorjährigen Nummer des "Kwartalnik Historyczny" in vollem Umfang veröffentlicht. Ähnliches wurde zur selben Zeit in der BRD getan.

Die "Empfehlungen der UNESCO-Kommission der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zur Frage der Lehrbücher im Bereich der Geschichte und Geographie" - so der Titel des gemeinsam ausgearbeiteten Dokuments, das die erste Phase der Arbeiten der Kommission abschließt - bestehen aus 26 Empfehlungen aus dem Bereich der Geschichte und der komplex behandelten Empfehlungen aus dem Bereich der Geographie. Bei der vierten Empfehlung /Schlesien und Pommern in der Frühgeschichte Polens, 9.-13. Jahrhundert/ und der sechsten /Polen und der Deutsche Orden/ wurde vermerkt, daß im ersten Fall die Interpretationen, im anderen hingegen - der gesamte Komplex der dargelegten Probleme "in allernächster Zukunft Gegenstand weiterer wissenschaftlicher Diskussionen ausmachen sollten". Die Empfehlungen 19 /Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933-1939/ und 20 /Die nationalsozialistische Okkupationspolitik und die Widerstandsbewegung während des 2. Weltkrieges/ werden ergänzt und zu diesem Zweck gemeinsame Konferenzen und Symposien veranstaltet. Ebenso "bedarf die Frage der geographischen Bezeichnungen noch weiterer Erörterungen". Fragezeichen und Ungeklärtes gibt es in Hülle und Fülle.

Sagen wir es ganz offen, die Empfehlungen stellen weder die polnische noch die deutsche Seite völlig zufrieden. Unschwer läßt sich darin ein Kompromiß im Namen der Verständigung und Beendigung vieljähriger Arbeiten wenn auch nur durch einen teilweisen Erfolg wahrnehmen. Die Empfehlungen sind stilistisch nicht kohärent, was fraglos das Resultat der Vorsicht bei der Formulierung gemeinsamer Festlegungen und sogar des Feilschens ist. In manchen Fällen wird praktisch nichts empfohlen: die Kommissionen beschränkten sich auf die Registrierung der in beiden Historiographien und in der Lehrbüchern vorhandenen Diskrepanzen. In anderen Empfehlungen werden lediglich Probleme registriert, die in den Lehrbüchern zu erörtern sind, ohne hervorzuheben, wie sie zu erörtern seien. Wissenschaft hat sich hier mit Diplomatie zusammengetan, glücklicherweise zum Vorteil für die Wissenschaft und infolgedessen für die Bildung. Denn in vielen Kontroversen wurde völlige Übereinstimmung erzielt, indem Fragmente der deutsch-polnischen Geschicke in ihrer tatsächlichen Dimension, den historischen

Fakten entsprechend, dargelegt wurden. Die Empfehlungen enthalten keinerlei Verfälschungen, dagegen ist eine eindeutig wahrnehmbare Entschärfung der deutsch-polnischen Konflikte, vom Spätmittelalter bis in unsere Tage wahrzunehmen. Entschärfung? Möglicherweise handelt es sich dabei schlechthin um den Zusammenbruch von Stereotypen, die sich in unserem Bewußtsein mehr unter dem Einfluß der schönen Literatur und Kunst als der Wissenschaft eingeprägt haben? Selbstverständlich unter Ausbruch des letzten Krieges und der Okkupation, die sich in unserem Gedächtnis ausnahmsweise blutig, also eindeutig, festgesetzt haben.

Im Kommentar zu den Empfehlungen hat Prof. Tadeusz Jędruszczyk treffend bemerkt, daß...*"eine derartige, von den verbreiteten Anschauungen und Gewohnheiten auf beiden Seiten abweichende Fassung nicht über Nacht mit allgemeiner Billigung rechnen kann, sie muß und ruft Diskussionen und sogar Proteste hervor"*. Das stimmt, doch mit dem Unterschied, daß die Diskussionen in beiden Ländern unterschiedlich sind und unterschiedlich sein werden. In der Bundesrepublik Deutschland vernehmen wir neben realistischen Stimmen, revisionistisches Revanchegeschrei, das aus dem Tiegel des preußischen Nationalismus und Neonazismus herrührt, welcher viele Male zur Quelle von Unheil und Verhängnis in Europa wurde.

Der Aggressivität nationalistischer Kreise stellen wir die aus der eigenen Geschichte resultierende Erfahrung entgegen, in der wir vorwiegend die zur Selbstverteidigung gezwungene, angegriffene Seite waren. Für uns war es am wichtigsten, das eigene Staatswesen zu wahren, und als es in Stücke gerissen wurde, mußten wir unser Volk und unsere Kultur vor der Vernichtung retten. Diese permanente Notwehr ließ eigene Begriffe von Gut und Böse entstehen. Das Böse, das war der Deutsche, insbesondere der Preuße und Nazi, das Gute waren wir selbst, wiewohl wir heute nicht alle Deutschen mit dem Bösen identifizieren /Beispiel kann die Deutsche Demokratische Republik sein/, dennoch funktioniert im Unterbewußtsein dieser Stereotyp weiterhin. Kann man sich darüber wundern?

Und doch bringt uns die leidenschaftslose Behandlung der Geschichte ihrem objektiven Verstehen immer näher. In diesem Kontext müssen die Empfehlungen als bedeutend angesehen werden, wengleich es sich nur um eine teilweise, von gleichen Partnern ausgearbeitete Leistung handelt. Es ist auch eine politische Leistung, denn sie bestimmt den Weg zu weiteren Verständigungen.

Allein die Tatsache, daß die polnischen und westdeutschen Geschichtswissenschaftler zum ersten Mal in komplexen Problemen derart empfindlicher Disziplinen, wie Geschichte und Geographie, zur Verständigung gelangten, zeugt von den im Verstehen der vom Nationalismus befreiten Geschichte eingetretenen Umwandlungen, welche - wie sich erweist - nicht nur ein Band antagonistischer Politik zu sein vermag, sondern ebenso einer Politik der Verständigung im Geiste von Partnerschaft und gegenseitiger Achtung.

Im Moment ist es am wichtigsten, damit die durch die Bearbeitung der Empfehlungen gekrönte Arbeit der UNESCO-Kommission ihren vollen Niederschlag in der Schulpraxis, in den Lehrbüchern und Lehrplänen beider Länder findet. Damit die in der BRD aufgebauten Hürden rasch und erfolgreich weggeräumt werden.

"Czas" vom 22. September 1977



POLNISCHE AGENTUR INTERPRESS

Pressehauptredaktion

Bagatela 12, 00-585 Warschau
tel. 20-22-21; telex 81 4775 pci pl

DIESE FRAGE IST NACH WIE VOR AKTUELL

(Gespräch mit Prof. Władysław Markiewicz,
dem Vorsitzenden der Schulbuchkommission,
in der Warschauer Tageszeitung "Życie Warszawy"
vom 16.12.1976).

- Herr Professor: kürzlich ging in Poznań die von dem Westinstitut in Poznań und der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte polnisch-deutsche wissenschaftliche Konferenz über Probleme und Perspektiven unserer gegenseitigen Beziehungen nach dem Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP Edward Gierek in der Bundesrepublik Deutschland (Juni 1977) zu Ende. Sie haben sich an diesem Symposium als Sekretär der I. Abteilung Gesellschaftswissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften beteiligt und daraus könnte man schließen, daß in seinem Verlauf die Bedeutung der Arbeiten der Schulbuchkommission, bei der Sie polnischerseits den Vorsitz führen, hervorgehoben wurde.

- Am Symposium haben einige Mitglieder der Schulbuchkommission, sowohl aus Polen als auch aus der BRD, teilgenommen, es wäre also merkwürdig gewesen, hätte man die Fragen der Erziehung der Jugend in beiden Ländern, ihres besseren gegenseitigen Kennenlernens und Verstehens außer acht gelassen.

Wenn wir der jungen Generation ein gründliches Wissen über die - vorwiegend tragische - tausendjährige Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen vermitteln und gestützt auf dieses Wissen ihr das Ausmaß der Verluste, welche jegliche Erscheinungen der Versessenheit, Megalomanie und Anmaßung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Völkern mit sich

bringen, vor Augen führen, so können wir real damit rechnen, daß die "traditionelle" Feindseligkeit zwischen den Polen und Deutschen einer wirklichen Annäherung und dauerhaftem Vortrauen Platz machen wird.

- Die öffentliche Meinung in unserem Lande hat im allgemeinen eine Vorstellung davon, wie in den Schulbüchern und Atlanten in der BRD die Wahrheit über unser Land und unsere Nation entstellt oder einfach verschwiegen wird, aber ich muß zugeben, daß mich in erster Linie die Vorwürfe interessieren würden, die im Laufe der Arbeiten von den westdeutschen Wissenschaftlern - Mitgliedern der Schulbuchkommissionen - an polnische Schulbücher gerichtet werden.

- Auf der letzten, 9. Konferenz der gemeinsamen Schulbuchkommission in Braunschweig, wurden die neuesten Ausgaben der Schulbücher in der BRD und in der VRP einer Einschätzung unterzogen hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den bisherigen von der Kommission erarbeiteten Empfehlungen. Im Referat über die Art und Weise, wie die polnisch-deutschen Beziehungen und die Bundesrepublik Deutschland in den polnischen Geschichtsbüchern dargestellt werden, konstatierte Dr. Armin Dross mit Genugtuung, daß bereits seit Mitte der 50er Jahre in polnischen Publikationen über die BRD ein Trend zur größeren Sachlichkeit sichtbar geworden ist, was seine Widerspiegelung auch in unseren Schulbüchern gefunden hat. In manchen konkreten Fragen deckt sich der Inhalt der Schulbücher mit dem Inhalt der Empfehlungen nicht völlig. In den meisten Fällen handelt es sich um kleine Abweichungen, die sich, meiner Meinung nach, in den nächsten Ausgaben mühelos korrigieren lassen. In den Vordergrund rückt hier in erster Linie die Frage des Umfanges, in welchem die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den polnischen und westdeutschen Schulbüchern in Betracht gezogen werden. Es geht hierbei einfach darum, daß der polnische Schüler auf allen Bildungsstufen mit den deutschen Fragen allseitiger und umfassender vertraut gemacht wird als sein Altersgenosse in der BRD mit der Vergangenheit und Gegenwart des polnischen Volkes.

- Nach den acht Konsultationstreffen, die ab 1972 in Warschau und Braunschweig abgehalten wurden, sind die Arbeiten der Schulbuchkommission abgeschlossen worden. Darf ich Sie, Herr Professor, um eine kurze Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse der Kommission bitten? Wieviele von den in Angriff genommenen Themen gelang es zu lösen?

- Die erste Etappe der Arbeiten hat die Kommission bereits hinter sich. Auf der letzten, 9. Konferenz in Braunschweig und auf der Sitzung der Kommissionsleitungen in Sopot haben wir die letzten Redaktionsarbeiten durchgeführt, die u.a. darauf beruhten, aus den Empfehlungen die überflüssigen Wiederholungen zu beseitigen, die Materialien etwas anders als vorher geplant zusammenzustellen, die Übersetzungen auf ein höheres Niveau zu heben usw.

Im Ergebnis dieser Arbeiten haben wir die Anzahl der Empfehlungen im Bereich der Geschichte auf 26 (ursprünglich 31 - Anm. des Verfassers) reduziert, und den Empfehlungen zum Geographieunterricht den Charakter umfangreicher, allgemeiner Anweisungen verliehen. Die Gesamtheit der Empfehlungen wird in polnischer und deutscher Sprachfassung in beiden Ländern veröffentlicht werden. Im Prinzip ist es der Kommission gelungen, alle wichtigsten Probleme, die die polnisch-deutschen Beziehungen betreffen, und ab 1949 die Beziehungen zwischen der VRP und der BRD, zu lösen. Nur für die Darstellung einiger Probleme haben wir keine einheitliche Formel gefunden. Ich meine hier die Einschätzung der Rolle des Kreuzritterordens und - was die neueste Geschichte anbetrifft - der Einflußnahme der Landsmannschaften auf die Beziehungen zwischen der VRP und der BRD. In diesen beiden Fragen vertreten die Experten der beiden Länder einfach einen anderen Standpunkt, der u.a. sich aus den unterschiedlichen historischen Erfahrungen und der von ihnen aufgezwungenen Wertungsperspektive ergibt.

- Gibt es noch offene Streitfragen, die in den weiteren Plänen der Kommission berücksichtigt werden sollten - diesmal vielleicht auf Regierungsebene?

Die Kommission wird ihre Tätigkeit in Form von alljährlichen wissenschaftlichen Konferenzen oder Symposien fortsetzen, die solchen Problemen gewidmet sein werden, welche in den Empfehlungen unzureichend dargestellt wurden. Es gibt ebenfalls Streitfragen wie z.B. die Rolle Schlesiens in der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen, aber auch im Grunde genommen nicht kontroverse Fragen, wie beispielsweise die Widerstandsbewegung in Polen und Deutschland, die jedoch von der Historiographie noch nicht eingehend erforscht wurden und wohl eben aus diesem Grunde in den Lehrbüchern in unzureichendem Maße dargestellt werden.

Die Kommission wird weiterhin als Organ der Nationalkomitees der UNESCO in der VRP und der BRD wirken; da unser Vorschlag, sie in eine internationale Organisation, zu verwandeln, die über ein Vollzugsorgan zur Einführung der Empfehlungen verfügen würde, in der BRD auf formell-juristische Schwierigkeiten stößt.

- Gegenwärtig sieht die Unterrichtsmethodik vor, daß 20-30% der Unterrichtszeit vom Lehrer individuell gestaltet werden kann. Sind Sie nicht der Meinung, daß es angebracht wäre, eine Form der Einwirkung auf den westdeutschen Lehrer - vielleicht mit vereinten Kräften - zu finden? In der Mehrheit sind die Lehrer - so glaube ich - wohl progressiv eingestellt?

- Unsere Kommission bedient sich der Bezeichnung "Revision der Schulbücher" als eine Art Losungswort. In Wirklichkeit verstehen wir darunter alle Lehrmittel auf der Grundstufe, also auch Lexika, Wörterbücher, Ratgeber, audiovisuelle Hilfsmittel usw. Im Zusammenhang damit richten wir die Empfehlungen nicht nur an Lehrbuchautoren und Verleger, sondern auch an Lehrer, Bildungsfunktionäre und die Schulbehörden. Die Kontakte der Kommission zu Lehrern in der BRD wurden in den letzten Jahren erweitert und intensiviert.

Für die Revision der Schulbücher, mit der sich bei uns unmittelbar das Ministerium für Volksbildung und Erziehung befaßt, das die polnische Expertengruppe als sein Organ betrachtet, wurden bereits in der BRD viele Lehrerorganisationen

gewonnen. Der Polnische Lehrerverband nimmt aktiv an diesen Arbeiten teil. Dies bietet die Möglichkeit, gemeinsam für die Verbesserung des Unterrichtsstoffes und der Erziehungsmethoden, entsprechend den Empfehlungen der Schulbuchkommission, zu wirken.

Das Gespräch führte:

Maria Wągrowka